



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 139 (1928)**

258 (5.6.1928) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-346515](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-346515)

# Neue Mannheimer Zeitung

## Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung frei ins Haus oder durch die Post monatlich 3,00 M. — ohne Bestellgeld. Bei entl. Kündigung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachforderung vorbehalten. Postfachkonto 17500 Karlsruhe. Haupt-Geschäftsstelle E. G. 2, Haupt-Redaktion R. 1, 1/11 (Bassermannhaus), Geschäfts-Redaktion: Waldhoffer 6, Schmeisingerstr. 19/20 u. Reierleibstraße 11. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheinung wöchentlich 12 mal. Fernsprecher: 24944, 24945, 24951, 24952 u. 24953

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung je eine Kolonnenzeile für 14 Tage. Anzeigen 0,10 R. M. Resten 3—4 R. M. Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen-Vorstellungen für bestimmte Tage, Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Bewältigung, Streifen, Betriebsführungen usw. berechnen sich nach Ermittlung der für ausgefallene oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr. Verlagsort Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauenzeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

### Der Genfer Rat zur Minderheitsfrage

#### Eine seltsame Einstellung

##### Vergeblicher Appell?

Genf, 5. Juni. (Von unserem eigenen Vertreter.) Auf der Tagesordnung der 2. offiziellen Ratssitzung stehen eine Reihe von Minderheitsfragen. Die albanische Regierung hat wegen der Behandlung der politischen Minderheiten und der Aneignung albanischen Grundbesitzes in Griechenland Klage erhoben. Als Berichterstatter fungiert der Vertreter Polens. Sehr umfangreich ist die Klage der durch Polen geschädigten deutschen Minderheiten in Oberschlesien. Der Deutsche Volksbund in Oberschlesien richtet einen Appell an den Rat, um die Schaffung einer Volkshilfe in Birtulomg usw. Der Vertreter Kolumbiens übernimmt die Berichtserstattung über diese Fragen, die für den Fall, daß die Klage Albanens zu längeren Auseinandersetzungen führen sollte, erst in der Nachmittags-Sitzung behandelt werden können.

Der albanische Regierungsvertreter verlangt auf Grund des Art. 10 Absatz 2 der Völkerbundsatzung den Schutz der 15 000 in Griechenland ansässigen Albanier. Politisch betonte scharf, daß der Völkerbundrat nicht die Befugnis habe, sich dauernd der Minderheitsfragen anzunehmen. (?) Politisch erklärte, daß die albanische Regierung ihre Forderungen zurückziehen müsse und daß die an der Entschuldigungsfrage interessierten Privatpersonen ihre Forderungen bei dem zu diesem Zwecke eingerichteten Schiedsgerichte anhängig machen sollen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen

##### warni Politik davor,

den Minderheiten im Rat dauernd Gehör zu verschaffen, denn dadurch würde ein unhaltbarer Zustand und eine dauernde Spannung zwischen den einzelnen Staaten hervorgerufen. Weit über den Rahmen seiner Darlegungen hinausgehend, warf sich Politik zum Kritiker der Minderheitsrechte auf und gab der Befürchtung Ausdruck, daß infolge einer unverantwortlichen Politik eine Stimmung herbeigeführt würde, die dem allgemeinen Frieden in Europa bedrohlich würde.

### Theorie und Wirklichkeit

#### Ein peinlicher Zwischenfall

In Köln hat der preussische Innenminister Orzeszinski, der selbst längere Zeit Polizeipräsident von Berlin gewesen ist, einen Vortrag über das Wesen und die Pflicht der Polizei gehalten. Er zog einen Vergleich zwischen eins und legt und stellte dem angeblichen Polizeistaat von eins mit seinem Schrecken und seiner Furcht dem heutigen „Volkstaat“ gegenüber, in dem die Polizei sich als Helfer und Freund der Bevölkerung betätigt.

Die Wirklichkeit hat zu diesem Vortrage

#### eine etwas merkwürdige Illustration

geleitet. In Berlin haben wie berichtet, am letzten Samstag und in der Nacht zum Sonntag sehr schwere Zusammenstöße mit der Polizei stattgefunden. In dem einen Falle wurde ein widerspenstiger Radfahrer von der Polizei erschossen, in dem andern kam es zu einer Schlägerei zwischen Polizei und Kommunisten, und unter den Zuschauern des preussischen Innenministeriums befand sich auch der Berliner Polizeipräsident Dr. Weiß, der bei dem Kravall zwischen Polizei und Kommunisten von einem seiner eigenen Beamten derbe Prügel mit dem Gummiknüppel erhalten hat. Er selbst hat erzählt, er sei mehrmals über den Rücken und den linken Arm geschlagen worden und zwar so hart und brutal, daß die ganzen Stellen an seinem Körper hart blutunterlaufen seien.

Die Presse der Linken gibt sich redliche Mühe, den außerordentlich peinlichen Zwischenfall dadurch abzumildern, daß sie dem schlagfertigen Polizeibeamten alle Schuld aufbürdet und die Kommunisten gegen die Polizei in Schutz nimmt. Man kann im Interesse unserer öffentlichen Ordnung und Sicherheit nur wünschen, daß das Berliner Polizeipräsidium sich durch diese Stimmungsmache in seiner Disziplinarrückführung nicht beeinflussen läßt. Man billigt dort dem schlagfertigen Polizeibeamten von vornherein insofern milde Umstände zu, als man annimmt, daß er den Polizeipräsidenten nicht gekannt hat.

Im übrigen ist man noch mit der Untersuchung beschäftigt. Wer die Dinge unbefangenen betrachtet, wird an dem Vorgehen der Polizei nichts auszufinden finden. Die Polizeibeamten haben in Berlin gegen die Kommunisten wahrlich einen schweren Stand. Am Freitagabend wurde einer von ihnen im Verlaufe des roten Fortkämpfertages in Charlottenburg schwer mißhandelt und seiner Dienstwaffe beraubt. Die Kommunisten schossen auch und wenn einer von ihnen als Opfer des Feuertodes fiel, so wird man der Polizei daraus wirklich keinen Vorwurf machen können. An jenem Tage lehrten sie von der Verhütung des gefallenen Genossen zurück. Es wird von niemandem geleugnet, daß sie dabei gegen die Polizei aggressiv vorgegangen sind. Die Polizei hat sich natürlich ihrer Dummheit und ob dabei ein Polizeibeamter im Eifer des Gefechtes mit dem Gummiknüppel

Der polnische Außenminister wurde beauftragt, über die albanisch-griechischen Differenzen in der Minderheitenfrage einen Bericht auszuarbeiten, der noch im Verlaufe dieser Tagung zur Verhandlung gelangen soll. Ferner wurde beschlossen, ein Dreierkomitee zu bestimmen, das über die ober-schlesische Schlichtungsfrage einen Bericht auszuarbeiten soll.

### Frankreichs innerpolitische Sorgen

Genf, 5. Juni. (Von unserem eigenen Vertreter.) Die französische Delegation scheint unter dem Eindruck der ungünstigen Nachrichten über die Lage des Kabinetts Poincaré zu stehen. Deshalb ist in der unmittelbaren Nähe Paul-Boncour die Parole ausgegeben worden, daß man sich auf eine dilatorische Behandlung aller wichtigen Fragen beschränken müsse, die zur Debatte stehen. Man glaubt zwar in der bereits genau unterrichteten französischen Delegation nicht, daß die Regierung Poincarés bereits unmittelbar bedroht wäre, aber die steigende wirtschaftliche und finanzielle Unsicherheit neben den unvermeidlich erscheinenden Budgetmehrausgaben verurteilen einen zunehmenden Widerstand. Man wirft dem Ministerpräsidenten vor, daß er die gesetzliche Stabilisierung hinausgeschoben habe und den günstigen Moment verstreuen. Poincaré habe dadurch Frankreich in die Gefahr einer neuen Inflationstriebe hineingerannt. Die zeitweilige Stabilisierung sei also unter verhältnismäßig ungünstigen Umständen notwendig geworden. Tatsächlich müsse Poincaré noch vor Beginn der Kammerwahlen stabilisieren und zwar auf der Basis von 125 Fr. für ein Pfund Sterling. In Frankreich ist man nach den auf der französischen Delegation eingehenden Berichten sehr besorgt, daß die aufgetretenen Mehrausgaben die Notwendigkeit einer neuen Steuererhöhung nach sich ziehen würden.

Zusammenfassend läßt sich aus den mir gemachten Mitteilungen schließen, daß in nächster Zukunft die internen Fragen das französische Parlament politisch beherrschen und das Interesse an der außenpolitischen Entwicklung erheblich abschwächen werden.

pel vorzeitig losgeschlagen hat, ist für die Beurteilung des ganzen Vorfalles wirklich nicht entscheidend. Ebenowenig kann es ausschlaggebend sein, daß der Polizeipräsident bei seinem Eingreifen in den Kravall unerkannt ein paar Schläge abbekommen hat. Damit muß in einem solchen Falle ein jeder rechnen. Entscheidend bleibt, daß die Polizei zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verpflichtet ist und daß sie dabei Gewalt anwenden muß, wenn sie es mit rabiaten und kampflustigen Ruhebrechern zu tun hat. Das ist im „Volkstaat“ wie im „Polizeistaat“ und wird sich trotz aller schönen Reden nicht ändern, solange die Polizei auf ihrem Posten ist.

Von unserem Berliner Büro wird uns hierzu noch gedruckt:

Die Affäre des Polizeipräsidenten Dr. Weiß, der bei einem Zusammenstoß zwischen Polizisten und Kommunisten, bei dem Versuch schlichtend einzugreifen, von einem Polizeibeamten selbst einen Schlag mit einem Gummiknüppel erhalten hat, konnte noch nicht völlig aufgeklärt werden. Dr. Weiß wird morgen aus Köln zurück erwartet und wird dann selbst dem Polizeipräsidenten Hörgiebel über das peinliche Rencontre Bericht erstatten. Das ausgerechnet ein bürgerliches Blatt der Linken sich für die Kommunisten ins Zeug legt und die Polizei beschuldigt, daß sie gegen die Tumultanten vorging, ist ein Kapitel für sich. Man hat es immer wieder erleben müssen, daß die Kommunisten es förmlich darauf abgesehen haben, einen Straßenterror auszuüben. Mit Vorliebe lenken sie ihre Demonstrationen gerade in die belebtesten Gegenden, sodaß der Verkehr mannmal halbe Stunden lang gehemmt wird. Greifen dann die Schuldleute ein, so werden sie nicht nur in der unerhörtesten Weise beschimpft, sondern man geht gegen sie auch noch tödlich vor. Man wird darin dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Hörgiebel zustimmen müssen, der einem Pressevertreter gegenüber erklärte, er sei keineswegs der Ansicht, daß sich die Beamten erst totschlagen lassen müßten, bevor sie das Recht hätten, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. Sicherlich hat der Polizeipräsident Weiß sich von den besten Absichten lenken lassen. Daß der Polizeibeamte ihn, da er Ziviltrug und in seiner Eigenschaft als Polizeipräsident äußerlich nicht erkennbar war, in der Aufregung nicht erkannte, ist menschlich nur zu begreiflich. Der Polizeipräsident Hörgiebel pflegt, wie er erklärt, es so zu machen, daß er einen Polizeioffizier in Uniform mimiert, durch den er seine Anordnungen weitergeben läßt. Dieses zweifelslos korrektere Verfahren hat Dr. Weiß offenbar nicht befolgt.

In der Untersuchung des peinlichen Zwischenfalles sind gestern die Erhebungen fortgesetzt worden. Es wird, wie verlangt, erwogen, ob es nicht ratsam sei, um ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden, eine Verfügung über die Kennzeichnung der in Ziviltrug kleidenden höheren Offiziere zu erlassen. Man denkt dabei an ähnliche Abzeichen, wie sie beispielsweise die amerikanischen Sheriffs in Ausübung ihres Amtes tragen.

### Die Sorge um den deutschen Bergbau

Von Dr. Otto Hugo, M. d. R.

Am Sonntag fand in Berlin zum ersten Male nach dem Kriege der Deutsche Bergmannstag statt. Mitten in den sachlichen Beratungen dieses Tages, der aus dem ganzen Reich stark besucht war, stand die große Sorge um die Erhaltung der Lebensfähigkeit des deutschen Bergbaus. Der deutsche Bergbau und insonderheit der Kohlenbergbau ist eine weitestläufige Grundlage aller Erfolge der deutschen Volkswirtschaft der Vergangenheit gewesen. Auch in Gegenwart und Zukunft läßt sich deutsche Wirtschaft nur mit Erfolg betreiben, wenn wir einen lebens- und leistungsfähigen Kohlenbergbau haben werden. Kohlenarme Länder werden nie zu großer wirtschaftlicher Bedeutung gelangen. Deshalb liegt auch das große wirtschaftliche und politische Interesse vor, daß der deutsche Kohlenbergbau lebensfähig bleibt. Der Wert der deutschen Kohlenproduktion betrug im Jahre 1926 2,000 Milliarden M bei einer Förderung von 145 200 Millionen Tonnen. Im Jahre 1927 belief sich die Förderung auf 158 000 Millionen Tonnen. Allein der Ruhrbergbau gibt zur Zeit etwa 400 000 Bergarbeitern mit ihren Familien das tägliche Brot. Der deutsche Kohlenbergbau ist der Träger einer großen Volkswirtschaft und der wichtigste Nährer der deutschen Reichsbahn. Nun ist es aber auch sicher, daß der Bergbau nicht um seiner selbst willen um jeden Preis am Leben zu erhalten ist, sondern nur dann, wenn er in der Lage ist, seinen wirtschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden, d. h. die deutsche Wirtschaft mit dem Urstoff Kohle zu Preisen zu versorgen, die die deutsche Gütererzeugung konkurrenzfähig erhalten. Dabei ist die Grenze für die Preispolitik von selbst gesetzt. Kohle läßt sich durch Stille nicht schämen. Infolgedessen rückt die billige ausländische Konkurrenz überall dort dem deutschen Kohlenbergbau auf den Leib, wo es die Leistungsfähigkeit und die Preisverhältnisse irgendwie gestatten. Es ist eben nicht so, daß der Kohlenpreis zur Erhaltung des deutschen Kohlenbergbaus sorglos in die Höhe gesetzt werden könnte. Der Ruhrbergbau hat bisher schon 40 v. H. seiner verkauften Kohle in der Konkurrenz mit England unter schweren Verlusten verkaufen müssen. Preis-erhöhungen nützen angesichts dieser Lage nichts. Dagegen haben Preisveränderungen natürlich die zerschmetternde Wirkung der Produktionsverminderung.

Nun ist der deutsche Bergbau, insonderheit der Ruhrbergbau, an den Grenzen der Leistungskraft längst angelangt. Schon bevor der letzte Schiedsspruch, der eine weitere Vertenerung des Lohns um 8 v. H. brachte, gefällt wurde, lagen von neutraler Seite wirtschaftliche Gutachten, durch das Reichswirtschaftsministerium beschafft, vor, aus denen sich ergab, daß der Kohlenbergbau an der Ruhr bereits mit Verlust arbeitet. Nach dem Mehrheitsgutachten belief sich unter Einziehung der darin geforderten Abschreibungen der Verlust auf die Tonne abfahrbare Kohle auf 1,00 M, nach dem Gutachten des wirtschaftlich sozialistisch einseitigen Dr. Haude auf 0,24 M. Trotz dieser festsitzenden Tatsache hat sich der Schlichter aus politischen Rücksichten dazu drängen lassen, eine weitere Vertenerung der Tonne Kohle um 8 bis 10 Pfennig zuzubilligen, so daß dadurch die Verluste der Kohlenwirtschaft eine weitere schwere Verschärfung erfuhr. Auch die Preis-erhöhung die dann eintrat, im Durchschnitt 1 M je Tonne, die verschiedenen den einzelnen Kohlenarten auferlegt werden konnte, kann den erforderlichen Ausgleich nicht bringen. Jede Preis-erhöhung löst auf eine verstärkte Konkurrenz und wirft den Absatz zurück. Begründet ist die Verbindlichkeitsklärung des Ministeriums mit dem „öffentlichen Interesse“, d. h. mit politischen Rücksichten, ohne irgendwelche Berücksichtigung der wirtschaftlichen Grundlagen. Die letzte Vertenerung der Produktionskosten unserer arbeitswirtschaftlichen Energiequelle für die gesamte Volkswirtschaft hat den deutschen Kohlenbergbau zweifellos in eine lebensfähige Lage hineingeführt. Der Ruhrbergbau steht nunmehr wieder dort, wo er vor vier Jahren mit dem Einfluß gewaltiger Kapitalsummen zu rationalisieren begann.

Die ganze Kraft wurde damals aufgewandt, um den Engländer in der Konkurrenz an der deutschen Küste zu schlagen, um den internationalen Kohlenmarkt von Deutschland aus stark beeinflussen zu können. Die letzte Entscheidung des Schlichters zerstört die Hoffnung, daß dieser Kampf der deutschen Ruhrkohle gegen die englische Kohle auch nur an der deutschen Küste mit Erfolg weitergeführt werden kann. Man muß eben bedenken, daß hier bereits ein Verlust von 3,50 M. je Tonne vorliegt, daß der Engländer im Hamburger Hafen 3 M. Frachtaufschlag befreit und daß, während der deutsche Kohlenbergbau in seinen Selbstkosten über Steuer-, Lohn- und Sozialkonto in den letzten Jahren fortgesetzt aufwärtsgetrieben worden ist und die Rationalisierungserfolge dadurch aufgezehrt wurden, gleichzeitig der englische Kohlenbergbau eine weitestläufige erleichterte Produktionsgrundlage insofern gewann, als die Arbeitszeit um eine halbe Stunde vermehrt, die Löhne gesenkt und die Steuern vermindert wurden. Der englische Bergbauminister gibt allein die Selbstkostenentlastung durch die Mehrarbeit auf 2,50 M. an. Der Schiedsspruch des Schlichters hat dem schweren Ringen des deutschen Bergbaus mit dem englischen vorläufig ein Ziel gesetzt. Daß der Ruhrkohlenbergbau nicht in der Lage sein wird, in dem bisherigen Umfang den Kampf gegen die englische Kohle mit wachsenden Verlusten fortzusetzen, liegt auf der Hand. Würde das Kohlenfondskonten dem Kampf gegen die englische Konkurrenz ganz aufgeben, wie es nach rein wirtschaftlichen Gründen eigentlich selbstverständlich wäre, so würden dadurch 120 000 Bergarbeiter arbeitslos werden und mindestens 400 Millionen an Dividenden für den deutschen Außenhandel verloren gehen. Selbst wenn die Einschränkung des Kampfes gegen die englische Kohle nur 50 Prozent betragen wird, werden immerhin 60 000 Bergarbeiter in

Deutschland abgelegt und in England angelegt. Das ist das letzte Ergebnis der französischen Bevormundeten Wirtschaftsführung des deutschen Bergbaus.

Mit banger Sorge wird man fragen müssen, was denn nun weiter werden soll. Dem Arbeiter ist nicht mit einfachen Lohnerhöhungen geholfen. Bringt die Zukunft Arbeitslosigkeit in hohem Maße oder schafft sie Festerlichkeiten, so bedeutet eine sprozentige Lohnerhöhung gar nichts. Eine Festerlichkeit in der Woche nimmt den ganzen Gewinn der Erhöhung fort. Jede Verminderung der Leistungsfähigkeit unseres Bergbaues bedeutet eine Konjunkturschwächung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Kohlenpreiserhöhungen, Eisenpreiserhöhungen und was dahinter marschiert, sind die schlimmsten Schrittmacher der Konjunkturschwächung. Durch den Anstieg aller Preise geht der Staatliche erzwungene soziale Gewinn wieder verloren. Ebenso wie die Konjunktur von einem stottern Gang in der Kohlen- und Eisenindustrie auszugehen pflegt, ebenso zieht der Niedergang dieser Urindustrien auch die Konjunktur der übrigen Industrien mit herab. Die gesamte deutsche Volkswirtschaft aller Grade und Arten wird durch die Kohlenpreiserhöhung betroffen und in ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit geschwächt. Und das alles, weil ein Schlichter sich über nachgewiesene wirtschaftspolitische Tatsachen kurzerhand hinwegsetzt und einen politischen Schiedsspruch fällt, der den gesamten Bergbau in eine schwere Krisenlage versetzt. Dabei hat der Schlichter, der niemals im öffentlichen Leben gestanden hat, und vom Ratrosen... zum Regierungsrat avancierte, die gewaltige Entscheidung in der Hand, der deutschen Volkswirtschaft mit einem Schlag 88 Millionen an Produktionskostenvermehrung aufzuladen und die große Schicksalsfrage des historischen Kampfes zwischen den beiden großen europäischen Kohlenindustrien, der Deutschlands und Englands, durch eigene Machtvollkommenheit zu entscheiden.

So darf jedenfalls mit den großen wirtschaftlichen Lebensfragen unseres deutschen Volkes nicht weiter umsprungen werden. Niemand wird die Behauptung aufrecht erhalten können, daß die Entscheidung im „öffentlichen Interesse“ gewesen sei. Deutschland, das sich in der kältesten wirtschaftlichen Bedrängnis befindet, läßt seine wichtigsten Urindustrie, den Ruhrkohlenbergbau, im Kampf gegen England im Stich und gibt einen großen Teil der deutschen Kohlenversorgung der englischen Volkswirtschaft preis. Hier zeigt sich mit aller Klarheit die Unhaltbarkeit des bisherigen Systems, mit politischer Macht Wirtschaft treiben zu wollen. Man soll nicht den Schlichter scheitern. Es ist das System des politischen Zwanges, das sich gegenüber wirtschaftlichen Notwendigkeiten als unhaltbar erwiesen hat und das noch viel Unheil bringen wird, wenn nicht bald die Einsicht kommt, daß der alles ernährenden wirtschaftliche Organismus sich nicht der politischen Vergewaltigung aussetzen läßt, ohne dadurch zu verkümmern oder gar abzusterben.

### Das Disziplinarverfahren gegen Kaufmann und Genossen

Vor dem Kleinen Disziplinarssenat des Kammergerichts begann heute (Dienstag) die Disziplinarverhandlung gegen den Staatsanwaltschaftsadjunktor Kaufmann und seinen Kollegen Caspari sowie gegen Landrichter Pelzer. Den drei Angeklagten werden zahlreiche Vorfälle im gemaßt. Caspari war als Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I mit der Bearbeitung der Sachen Kaufmann und Genossen betraut und zwar bis zum 30. Juni 1925. Ihm und den anderen Angeklagten wird eine unzulässige Verbindung mit der Rechtspreßreife vorgeworfen, vor allem im Falle des Rechtsanwalts Müller-Plauen, der bekanntlich vor einiger Zeit wegen Verleumdung des deutschen Reichsaussenministers Dr. Stresemann verurteilt worden ist. Caspari, Kaufmann und Pelzer sollen weiter ihre Kenntnis der Affäre Kaufmann und Barzmat zugunsten der Rechtspreßreife ausgenutzt haben. Unter anderem sollen sie ein wichtiges Protokoll in der Barzmat-Sache an das Berliner Nachrichtenbüro von Knoll weitergegeben haben. Auch wegen unpassenden Verhaltens gegen den früheren preussischen Justizminister hat sich Caspari zu verantworten. In der heutigen Verhandlung war allein Caspari erschienen.

\* Der frühere Präsident von China gestorben. Im Alter von 84 Jahren ist in Tientsin der ehemalige Präsident der chinesischen Republik, Li Yuan Hung, gestorben.

### Marshall Tschangfolin gestorben?

Der Sonderberichterstatter des „Jiji Shinbun“ meldet aus Mukden, daß Marshall Tschangfolin heute nacht an den Folgen seiner gestern bei dem Aufschlag erlittenen Verletzungen gestorben ist. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt dem Berichterstatter noch nicht vor.

Marshall Tschangfolin ist 52 Jahre alt geworden. Als Führer der Nord-Armee und Diktator Nordchinas spielte er lange Zeit eine hervorragende Rolle. Nach seinem Einzug in Peking bestimmte er lange Zeit hindurch das inner- und außenpolitische Gesicht Chinas, bis ihm die militärischen Befehlshaber des Südens infolge ihrer großen militärischen Erfolge den Rang abliesen. Seine staatsmännischen und militärischen Fähigkeiten waren unbestritten.

### Badische Politik Aus dem Landtag

Präsident Dr. Baumgartner eröffnete die heutige Sitzung mit der Bekanntgabe der Beschlüsse des Landtagsausschusses. Es soll für die Generaldebatte zu den einzelnen Ministerien die Redezeit kontingentiert werden, und zwar den Kommunisten, den Volksparteiern und der Wirtschaftspartei je eine Stunde, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und den Deutschnationalen je 1 1/2 Stunden, den Sozialdemokraten 2, und dem Zentrum 2 1/2 Stunden Redezeit angeordnet werden. In den einzelnen Paragraphen sollen die Redner 1/2 Stunde Redezeit nicht überschreiten.

Der Kommunist Vöck vermahnte sich grundsätzlich gegen jede Kontingentierung, solange die Kommunisten von den Anschlägen ausgeschlossen sind. Dieser Beschluß solle wieder eine Maßnahme eines Mehrheitsbeschlusses dar.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) regte an, eine Abstimmung solange hinauszuschieben, bis die Basis den geordneten Weg zeige. Dagegen protestierte der Abgeordnete Marum (Soz.), der nicht einsehen kann, daß das Haus sich den Wünschen der Kommunisten füge.

Abg. Döhringer (D.S.P.) und D. Mauer-Karlstraße (Dnt.) waren ebenfalls gegen eine Kontingentierung. Vor allem gegen eine ungleichmäßige Behandlung der einzelnen Fraktionsgruppen, fügte sich aber, weil der Parlamentarismus unter der Herrschaft der Zahlen liege.

Das Haus stimmte darauf dem Ausschlußbeschluß mit großer Mehrheit zu.

#### Arbeitsplan

Der Präsident gab sodann den für die nächste Zeit bekannt. Danach soll am Mittwoch bis nachmittags 3 Uhr getagt werden. Der folgende Donnerstag (Fronleichnamstag) bleibt feiertaglich, dagegen werden am Freitag und Samstag nachmittags Plenarsitzungen stattfinden. Die nächste Woche bleibt dann feiertaglich, um dem Hausparlament Gelegenheit zur Aufarbeitung der Rückstände zu geben. Die darauffolgende Woche soll dann wieder mit Plenarsitzungen ausgefüllt werden.

#### Vizepräsidentenwahl

In namentlicher Abstimmung wurde darauf der Abgeordnete Habermehl mit 57 von 61 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Abg. Raiber (Wirtsch.P.) reklamierte zunächst die Behandlung des Antrages, die Reichsratsbeschlüsse zu beantragen, in schiedsrichterlicher Sitzung zu wirken. Innenminister Kemmerle sagte zu, die Verantwortung bei der Beratung des Etats des Innenministeriums zu geben. Abg. Raiber erklärte sich damit einverstanden.

Abg. D. Mauer-Karlstraße (Dnt.) verlangte eine gleichmäßige Behandlung der Beamten; vor allem sollten Schussfeiern über die politische Zugehörigkeit von Beamten unterbleiben.

Dann begründete Abg. Döhringer (D. Ppl.) einen Antrag seiner Fraktion, wonach der Landtag die Vertretung von Länderinteressen bei Länderregierungen

durch Gesundheitsfragen nicht mehr für zeitgemäß hält. Diese Gesundheitsfragen der Länder sollen aufgehoben werden. Ferner soll ein Gutachten des Reichs-Sparkommissars über die Möglichkeit einer Vereinigung und Verbilligung der badischen Staatsverwaltung eingeholt werden. Weiter steht der Antrag der Fraktion einer

Ministerialratsstelle und einer Ministerialoberrechnungsstelle um die Summe von 18 000 Mark vor.

In der Aussprache bemerkte Abg. Bauer (D. Ppl.), die Beamten müßten nach ihrer Tätigkeit und Leistung und nicht darnach bewertet werden, ob sie an dieser oder jener Versammlung teilgenommen haben.

Abg. Mauer-Heidelberg (Soz.) bemerkte dazu, nicht gegen die staatspolitische Besetzung der einzelnen Beamten, sondern gegen die Betätigung der Beamten müßten sich Maßnahmen richten.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.) erklärte, er sei mit dem Antrag der Deutschen Volkspartei nicht einverstanden. Der Sparkommissar sei überflüssig. Dieser Redner, wie auch der folgende Abg. Dr. Mager-Karlstraße (Dnt.) trafen für die Aufrechterhaltung der badischen Gesundheitsfrage in Berlin ein.

Abg. Döhringer (Dem.) erklärte, die demokratische Fraktion würde sich bei der Abstimmung über den deutsch-volksparteilichen Antrag der Stimme enthalten. Der Sparkommissar sei für Baden nicht das letzte Mittel.

Abg. von Au (Wirtschaftspartei) steht in dem Sparkommissar eine immerhin beachtenswerte Einrichtung, die sich aber in allen Ländern auswirken müßte.

Am Schluß der Aussprache kam Abg. Döhringer nochmals auf den Antrag seiner Fraktion zu sprechen. Bei der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag auf Streichung des Aufwendungsgeldes für den Staatspräsidenten abgelehnt, ebenso der Antrag auf Streichung von 3000 Mark für Staatsräte, von 2000 Mark für die Staatsregierung und auf Aufhebung der badischen Gesundheitsfragen.

Der Vorschlag für das Staatsministerium wurde bewilligt. Die Kommunisten stimmten dagegen. Der Antrag der Deutschen Volkspartei hinsichtlich der Aufhebung der badischen Gesundheitsfragen wurde gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und Kommunisten bei 24 Enthaltungen der Sozialdemokraten, Demokraten, Deutschnationalen und Wirtschaftspartei abgelehnt. Das Zentrum stimmte gegen den Antrag. Der Entschlufungsantrag über den Sparkommissar wurde gegen Volkspartei und Wirtschaftspartei abgelehnt.

Am Schluß der Sitzung berichtete Abg. Dr. Föhr (Ztr.) über den Vorschlag des Ministeriums des Innern. Fortsetzung halb 4 Uhr.

### Letzte Meldungen

#### Wird an zwei Mannheimer Lehrerinnen

Freiburg, 5. Juni. Zwei Mannheimer Lehrerinnen sind im Gebiet des Thurner einem schweren Verbrechen zum Opfer gefallen. Die beiden Damen unternehmen in der vergangenen Woche einen Ausflug durch den Schwarzwald, übernachteten im Hotel „Zum Thurner“ und brachen am Donnerstag morgen nach dem Feldberg auf. Da keiner jegliche Nachricht von ihnen fehlte, veranstaltete die Freiburger Kriminalpolizei auf Veranlassung des besorgten Vaters der einen eine Streife in dem betreffenden Gebiet. Heute früh nun wurde eine der beiden Lehrerinnen in der Nähe des Thurner mit durchschnittenen Kehle tot aufgefunden. Eine spätere Meldung besagt: Ihre Begleiterin wurde etwa 150 Meter von der Fundstelle entfernt ebenfalls tot aufgefunden. Man nimmt an, daß beide das Opfer eines Lustmörders geworden sind. Beide Damen tragen, wie mitgeteilt wird, den Familiennamen Gersbach und sind miteinander verwandt. Die Polizei sündet nach einem jungen Mann, der zuerst in der Begleitung der beiden Damen gesehen wurde. In der schrecklichen Mordtat erfahren wir noch folgendes: Es handelt sich um die Hauslehrerin Ida Gersbach, geboren 1892, Tochter des verstorbenen Hauptlehrers Gersbach aus Seckelheim, und um die im Jahre 1902 geborene Luise Gersbach, Tochter des Oberlehrers Gersbach, der in Wengenbach amtiert.

#### Stolleneinsturz — Vier Arbeiter verhaftet

Proßjella (Sachsen), 5. Juni. In einem tiefen Schieferbruch sind am Montag nachmittag infolge des Einsturzes eines Stollens vier Schieferbrucharbeiter verhaftet worden. An der Freilegung des Stollens wird fleißig gearbeitet. Da die Verhafteten Klopfschellen geben, hofft man sie retten zu können.

#### Beendigung des südlawischen Konflikts

Mailand, 5. Juni. Mussolini hat der südlawischen Regierung mitgeteilt, daß er ihre Antwort auf die italienische Protestnote als befriedigend ansehe.

### Von der Tagung des Badischen Philologenvereins in Triberg

#### Das Bildungsproblem der höheren Schulen

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des diesjährigen Philologentages stand das Bildungsproblem unserer höheren Schule. Die Vorträge sollten zu einer Selbstbesinnung über das Wesen unserer sogenannten höheren Bildung führen, aus dem Chaos der pädagogischen Meinungen sollte nach einem fest zu setzenden Bildungsziel gestrebt werden, das der Arbeit in unseren höheren Schulen einen festen Halt und der Schule klarere Prägnanz zu geben im Stande wäre. Besonders das Gebiet der neueren Sprache ist es, das heute am unmittelbarsten in und die Schultypen der Oberrealschule und des Realgymnasiums stehen im Brennpunkt der Auseinandersetzungen. In diesem Sinne handelten die Themen im wesentlichen von den Aufgaben, die die neueren Sprachen hinsichtlich und Englisch im Rahmen unserer Bildungsarbeit zu erfüllen haben.

Die allgemeinen Zusammenhänge behandelte Professor Klingenberg-Heidelberg, der über „Schulziele und Jugendpsychologie“ sprach. Die Ausführungen gingen von der Spannung aus, die zwischen festen Lehrplänen und jugendpsychologischen Forderungen bestehen. Da die fest umrissenen Unterrichtsziele sich nicht allein nach jugendpsychologischen Gesichtspunkten orientieren können, so müssen diese mehr in der Lehrmethode zur Geltung gebracht werden. Dazu gehört auch eine Revision der Unterrichtsmittel, besonders aber Ausbau des Arbeitsunterrichtes, Humanisierung des Lehrplans und eine den neuen didaktischen Erkenntnisse entsprechende Ausbildung der Lehrmittelforschung. Der positive Gehalt des Unterrichts muß dem Drang der Jugend nach geistiger Nahrung, die ihr gemäß ist, gerecht werden. So wurden von dem Redner Lehrziel und Lehrweg in großen Perspektiven entwickelt.

In seinem Vortrag über „Die sprachbildende Aufgabe des Französischen“ zeigte Professor Hallwag-Karlstraße, wie der französische Unterricht in formaler Hinsicht Sprachbildung zu vermitteln hat, wie sie durch verhandlungsmäßige

Eindringen in den Sprachgeist gewonnen wird. Dadurch wird er der ihm an höheren Schulen zuzulassenden Sonderaufgabe gerecht und gliedert sich in ihren Bildungsplan ein, um so im Zusammenwirken mit den übrigen Disziplinen an der geistigen und sittlichen Bildung des jungen Menschen mitanzuhelfen.

Professor Kinkel-Karlstraße zeigte in der Interpretation der ersten Abhandlung von Descartes: „Discours sur la methode“, wie auch die neueren Sprachen zu vertiefter philosophischer Betrachtungsweise hinführen vermögen, wie ein Vordringen zu den Quellen unseres modernen Denkens und wertvolle Einblicke in das Wesen unserer heutigen Weltbetrachtung tun läßt, so daß uns das Werk des großen Denkers zu den Grundelementen unserer selbst führt und damit klärend und bildend zu wirken vermag.

In seinem Vortrag über „Die methodische Verwendung des englischen Lehrbuchs“ legte Professor Caselmann-Karlstraße das Hauptgewicht entsprechend der Eigenart der englischen Sprache nicht auf die grammatische Schulung, sondern auf die Übersetzung aller der Werte aus der Schrift, die auf grundsätzliche Sprach- und Denkschulung abzielen. Er zeigte, wie die Schüler zum kritischen Verständnis des Wortes als biegsamen und doch scharfen Werkzeug des Gedankens erzogen werden müssen, damit das fremdsprachliche Bildungsziel der Oberstufe, die Auseinandersetzung mit den repräsentativen Geistern der fremden Kultur erreicht werden kann.

In seinem Referat „Aus der Praxis des englischen Unterrichts“ behandelte Prof. Dr. Walter Mauer-Karlstraße die Frage, welche inhaltlichen und formalen Bildungswerte der englische Unterricht in den Oberklassen zu vermitteln vermag. Statt des kulturkundlichen Lesebuchs, das er aus wissenschaftlichen, pädagogisch-psychologischen und methodischen Gründen als Erkenntnisquelle fremden Volkstums ablehnte, forderte er, daß das geschlossene repräsentative Originalwerk im Mittelpunkt des Unterrichts steht. An einer Reihe von Beispielen wurde gezeigt, was eine nach einem einheitlichen Plan getroffene Auswahl der bedeutendsten Schöpfungen des englischen Schrifttums für die Erkenntnis des fremden Volkes und die historische, politische und ästhetische Bildung des jungen Deutschen zu leisten vermag.

Die mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen wurden behandelt von Professor Preuss-Freiburg in einem Vortrag „Die Mathematik im Dienste der Idee der höheren Schule“. Der Redner wies nach, wie das mathematische Denken die Denkfähigkeit des jungen Menschen schult und zur Rationalisierung und Normalisierung unseres Denkprozesses führt, um die jungen Menschen in Stand zu setzen, wenn deren späteren Aufgaben an sie herantreten, diesen zu genügen. Nicht nur Problemlösen ist Aufgabe des mathematischen Unterrichts, sondern die Problembildung muß dem Schüler verständlich werden, wenn er zu selbstständigen geistigen Leistungen erzogen werden soll. So soll durch die Mathematik bewußtes Können und Könnenbewußtsein erzwungen werden.

Für die Altphilologen referierte Professor Dr. Clausen-Heidelberg über den Lateinunterricht nach dem neuen Lehrbuche „Iudaeus latinus“. Mit dem Vortrag von Professor Rebell-Willingen über „Frühromische Raubentlagen in Häftlingen und ihre Bedeutung für die römische Okkupation Südbadens“ schloß die öffentliche Mittalerversammlung.

© Eine Karl May-Ausstellung. Um den vielangebotenen und noch mehr gelehrten Jugendschriftsteller Karl May gewissermaßen zu rehabilitieren, will die Stadtbibliothek des kleinen thüringischen Städtchens Hassenberg eine Karl May-Ausstellung veranstalten. In dieser Ausstellung sollen Schriften bedeutender Gelehrter und Pädagogen gezeigt werden, die sich für Karl May eingesetzt haben.

#### Mozarts „Pferdelein“

Boisserée erzählt in seinem Tagebuch eine Anekdote, die er in Wien über Mozart erfahren. Als es ihm einmal, was freilich sehr selten vorkam, gut ging, schaffte er sich sechs kleine polnische Pferdelein an. Darüber entstand ein großes Geschrei; es züme nur Färken, mit sechs Pferden zu fahren, sagte man ihm. „Ja“, erwiderte er, „wenn's Pferde wären — sind aber nur Pferdelein, und davon steht nichts in der Ordnung.“

# Städtische Nachrichten

## Obersteuereinspektor a. D. Carl Dauth †

In der vergangenen Woche ist einer der letzten Ruhe bekattet worden, der Mannheim hat groß werden sehen, eine früher hier so bekannte Persönlichkeit, Obersteuereinspektor Dauth. In Zähenhausen, im Kraichgauer Hügelland, am 20. 10. 43 geboren, besuchte er in Breiten die Schule, wo er auch seine ganze Jugendzeit verbrachte. Er trat dann bei der Steuerverwaltung ein, hat einige Jahre bei der Steuerrevision in Mannheim gearbeitet und dann bei verschiedenen Steuerkommissariatsstellen. Ende 1880 wurde er von Mosbach als Steuerkommissar nach Mannheim versetzt. Hier hat er bis August 1914 den Steuerkommissariatsdienst in Mannheim-Stadt mit großer Umsicht geleitet. Bei seiner Ruhesetzung 1914 wurde ihm der Titel Obersteuereinspektor verliehen, was nach den gegenwärtigen Verhältnissen sowie die Oberregierungs-rat ist.

Neben seinem umfangreichen Dienste verließ der Heimgegangene noch 25 Jahre das Amt eines Kirchengemeinderats. Der Geistliche bemerkte bei der Bestattung, daß der Entschlafene den Wunsch ausgesprochen habe, es möge nur ein Palmenort zur Beerdigung gebracht werden. Dies entsprach dem einfachen und schlichten Wesen des Heimgegangenen. In diesem Sinne gestaltete sich denn auch die Bestattungsfeier. Die Vertretung der Schützengemeinschaft gab mit der Fahne ihrem Schützengemeinschaft die letzte Ehre. Das Landesfinanzamt sandte seinen Vertreter, ebenso die Stadtverwaltung, die Kränze niederlegten. Der Verein der ehemaligen badischen Steuerkommissäre legte an der Bahre seines ältesten Mitglieds ebenfalls den verdienten Vorbezug als letzten Gruß nieder. Im Hinblick auf die edlen Eigenschaften des Heimgegangenen wurde ihm wenigstens noch das Abschiedswort nachgerufen: „Das Gedächtnis der Gerechten bleibet im Segen!“

**Planmäßig angestellt** wurde die Bürogehilfin Katharina Frank beim Bezirksamt Mannheim als Verwaltungsoffiziantin.

**Verstet** wurde Vermessungsrat Josef Werling, Vorstand des Vermessungsamtes Bruchsal, als Vorstand des Vermessungsamtes nach Mannheim.

**Verkehrsregelung an der Friedrichsbrücke.** Fahrzeuge aller Art und Radfahrer, die vom Friedrichsring kommend über die Friedrichsbrücke fahren wollen, haben die erweiterte östliche Fahrstraße zwischen dem Gehweg vor dem D.E.G. Bahnhof und der breiteren Verkehrsinsel zu benutzen. Für Fahrzeuge und Radfahrer, die von der Brücke kommen und nach dem Friedrichsring einbiegen wollen, ist diese östliche Fahrstraße gesperrt. Sie haben in großem Bogen um den Verkehrsposten herum nach dem Friedrichsring einzubiegen.

**Im Heim für männliche Obdachlose** in der Mittelstraße sind im Monat Mai 2009 Personen beherbergt worden. Davon waren 240 Badener, 1641 sonstige Deutsche und 128 Ausländer oder Staatenlose. Nach Altersklassen entfallen auf Gäste von 16-18 Jahren 86, von 19-20 Jahren 465, von 21-30 Jahren 1828, von 31-40 Jahren 116, über 65 Jahre 14. Der längste Gast war sechzehn Jahre 9 Monate, der älteste 72 Jahre 10 Monate alt. Bediende und Verwitwete wurden 1908, Verheiratete 41 beherbergt. Die längste Besetzung betrug durchschnittlich 63, die geringste 33, die höchste 93 Köpfe.

**Lebensmüde.** In den gestrigen Abendstunden versuchte eine 43 Jahre alte Kaufmannsweibchen sich dadurch das Leben zu nehmen, daß sie sich in der Nähe des Bahnhofs Waldbuf auf die Bahngleise legte und sich von einem Zuge überfahren lassen wollte. Die Lebensmüde wurde von Bahnbeamten von den Gleisen entfernt und später ins Allgemeine Krankenhaus verbracht. Familienfreizeitigkeiten sollen den Grund zur Tat bilden.

**Ein Backstubenbrand** entstand in der vergangenen Nacht aus bis jetzt noch unbekannter Ursache im Hause Schweglerstraße 99. Einrichtungsgegenstände, Brennmaterial und Papierabfälle verbrannten. Das Feuer wurde durch die um 2.54 Uhr alarmierte Berufsfeuerwehr mit einer Schlauchleitung gelöscht. Der Schaden beträgt etwa 150 M.

**Fincht aus dem Krankenhaus.** In der vergangenen Nacht wollte ein im Sonderbau des Rädtischen Krankenhauses untergebracht 28 Jahre altes Mädchen entweichen. Es ließ sich an vier zusammengeknüpften Bettbüchern, die angeschlossen von andern Patientinnen gehalten wurden, vom 3. Stockwerk herunter. Als ein Nachwächter hinzukam, fiel es plötzlich aus etwa 2 Meter Höhe zu Boden, rannte sich den linken Oberarm aus und zog sich eine Verletzung der linken Schläfe zu.

## Bahnverbindung Mannheim-Neustadt a. S.

Man schreibt uns aus Neustadt a. S.: In der hiesigen Stadt wird dauernd von der notwendigen Förderung des Fremdenverkehrs gesprochen. Neustadt soll unter allen Umständen zu einer Kurstadt von Bedeutung werden. Dank lebendiger Initiative und großzügigen Wagenumbestellungen, die man früher im woineligen und sorgenlosen Neustadt nicht kannte, ist auch schon manches in dieser Hinsicht gelungen. Wenn man aber den neuen Sommerfahrplan näher betrachtet, so ist nichts davon zu merken, daß Neustadt nun gerade ein aus allen Richtungen leicht erreichbarer Eisenbahnknotenpunkt sei, wovon doch so oft die Rede ist. Neustadt sollte vielmehr darauf dringen, daß die Zugverbindungen von dem Großstadtzentrum Mannheim-Ludwigshafen nach der Pfalz gänzlich gestaltet werden. Denn nicht allein um Neustadt, sondern um die ganze Pfalz geht es bei dieser Frage. Man vergleiche die Strecke Mannheim-Heidelberg mit der Strecke Ludwigshafen-Neustadt und man wird einen großen Unterschied erkennen. Das einzelne Linien in der Pfalz nicht (oder besser gesagt noch nicht!) rentabel sind, gibt der Reichsbahndirektion kein Recht, auf der Strecke Ludwigshafen-Neustadt den langweiligen Bummelverkehr einzurichten und nur teure Schnellzüge zu fahren. Wo bleiben die durchgehenden Personenzüge zwischen Ludwigshafen-Neustadt. Soll die Pfalz dafür, daß sie Grenzland und besetztes Gebiet ist, noch durch ungenügende Bahnverbindungen bestraft werden. Man sehe sich die Anstrengungen an, die Heidelberg, Schriesheim und Weinheim unternehmen, um in möglichst engem Kontakt mit dem badischen Mannheim und dem pfälzischen (!) Ludwigshafen zu kommen. Ja selbst das kleine Schriesheim will aus sehr klugen Gründen eine direkte Schnellverbindung mit Mannheim. Wo die Pfälzer, die eine wirtschaftliche Verbindung mit Baden anstreben müssen, sollen sich wehren, daß sie in vollem Maße in den südwestdeutschen Verkehr einbezogen werden!

**Wahlen zur Badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.** In die Genossenschaftsversammlung der Badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wurden im Kreis Mannheim gewählt: Als Vertreter der Unternehmerr: 1. Bühler Hermann, Landwirt in Seddenheim; 2. Eberle Adam III., Bürgermeister und Landwirt in Landenbach bei Weinheim. — Als Stellvertreter: 1. Schwanter Christian, Gutspächter, Rosenhof bei Landenburg; 2. Böhl Johann, Bezirksvorstand des Bad. Bauernvereins, Altlusheim; 3. Wegener Ernst, Bürgermeister in Friedrichsfeld, Amt Mannheim; 4. Reichle Joseph, Gutspächter, Edingerhof bei Edingen.

**Uebergriffe freireisender Rheinschiffer.** Das Dampfboot „Oranie 2“ wollte in der Nacht vom Sonntag auf Montag einen Kahn des Braunkohlensyndikats in Rheinau aufnehmen und abschleppen. Das wurde aufeinander den Streikenden verraten. Denn in der Nacht kam eine Flotte von etwa 20 bis 25 freireisenden Schiffern nach Rheinau und überfiel das Dampfboot. Die Streikenden sollen die Schiffsbefahrung in die Kabinen eingesperrt, das Feuer unter den Rädern herausgerissen und auf diese Weise die Abfahrt des Bootes verhindert haben. Die Staatsanwaltschaft ist von diesem neuen Terror der Streikenden in Kenntnis gesetzt. Untersuchung ist eingeleitet.

**Sturz vom Rad.** Ein 20 Jahre alter Kernmacher, der auf der Schweglerstraße die Herrschaft über sein Fahrrad verlor und unter einen vorbeifahrenden Personenkraftwagen geriet, trug eine Stirnverletzung und Gehirnerschütterung davon. Der Verunglückte wurde ins Rädtische Krankenhaus verbracht.

**Unfall im Rheinhafen.** In Allg. Krankenhaus wurde gestern ein 47 Jahre alter Werftarbeiter eingeliefert, dem im Rheinhafen beim Verladen von Kisten aus einem Schiff in einen Eisenbahnwagen durch eine umfallende Kiste der linke Unterschenkel gebrochen wurde.

**Aus der Evang. Pfarrei.** Auf sein Ansuchen wurde unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste Pfarrer Karl Arnold in Wiesloch zurückerufen und zum Kirchenrat ernannt.

**Neuerung im Päckchenverkehr.** Unter dem Vorsitz des Reichspostministers begann gestern in Stuttgart die Tagung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost. Es wurde beschlossen, ein Briefpäckchen bis zum Gewicht von einem Kilogramm in größeren Abmessungen als das bisherige Päckchen mit der Briefpost zu befördern. Die Gebühr soll 60 Pfg. betragen. Zur gleichen Gebühr soll bei der Paketpost ein neuer Sendungsgegenstand eingerichtet werden. Es handelt sich um die Schaffung eines Päckchens im Gewicht von zwei Kilogramm mit den Abmessungen 50:20:10 cm. Die Gebühr beträgt ebenfalls 60 Pfg. für alle Entfernungen. Bei den anwesenden Vertretern der Wirtschaft fanden diese Neuerungen großen Anklang.

**Für Nordamerika-Auswanderer** ist es wichtig zu erfahren, daß seit 4. Juni wiederum die Warteliste der amerikanischen Konsulate für das Quotenjahr 1929/30 eröffnet wurden. Auswanderungslustige nach Nordamerika können die Formulare zur Anmeldung bei der Agentur der Holland-Amerika-Linie, Bahnhofplatz 7, erhalten, die auch bereit ist, die Antragsformulare zur Eintragung in die Warteliste kostenlos entgegenzunehmen.

# Kommunale Chronik

## Aus dem Ludwigshafener Stadtparlament

**Ludwigshafen, 4. Juni.** Der Stadtrat beschäftigte sich heute mit den Eigenbetrieben der G.M.G. (Gemeinnützige Bau-Alt-Wes.) Ludwigshafen, die nach den Aufstellungen des ordnungsgemäßen Handwerks dieses auf das schwerste schädigen sollen. Besonders der Kunsthandwerksträger große Nachteile für das so wie so schon im Aussterben begriffene Steinmetzgewerbe. Nachdem Vorkauf Graf vom Rädt. Hofbauamt die Aufstellung der wirtschaftlichen Bürgervereinsung als nicht den Tatsachen entsprechend zurückgewiesen hatte, bemerkte Oberbürgermeister Dr. Weiß persönlich, daß das Handwerk in Ludwigshafen in der weitgehendsten Weise von der G.M.G. berücksichtigt wird. Der Vertreter der wirtschaftl. Bürgervereinsung, Stadtrat Eberle, stellte nach eingehender Begründung den Antrag, daß der Stadtrat dahin wirken möge, daß die Eigenbetriebe der G.M.G. baldigst aufgelöst werden. Oberbürgermeister Dr. Weiß wies demgegenüber darauf hin, daß dem Antrag aus rechtlichen Gründen gar nicht entsprochen werden könne. Der Antrag sei ungesetzlich, denn die G.M.G. sei eine wirtschaftliche Gesellschaft, in deren Geschäft man nicht dreinsprechen könne.

In der Aussprache wurde der allgemeine Wunsch laut, daß die G.M.G. dem Handwerk keine Konkurrenz machen möge und nur noch die dringenden Arbeiten von dieser Gesellschaft selbst ausgeführt werden sollen. Ein Antrag der Fraktion der Deutschen Volkspartei, der besagt, daß die Regalebetriebe der G.M.G. über das notwendige Maß vergrößert werden und daß in Zukunft nur noch laufende Reparaturarbeiten ausgeführt, dagegen alle sonstigen Arbeiten nur an das ordnungsgemäße Handwerk vergeben werden dürfen, wurde nach lebhafter Auseinandersetzung mit übergroßer Mehrheit abgelehnt, ebenso der Antrag der Wirtschaftl. Bürgervereinsung, daß die Eigenbetriebe der G.M.G. baldigst aufgelöst werden. Dagegen fand ein Antrag des Stadtrates Hofmann (Zp.) mit 21 gegen 20 Stimmen Annahme, der dahin lautet, daß der Stadtrat seine Vertreter im Aufsichtsrat der G.M.G. ersucht, bei der nächsten Aufsichtsratsitzung dieser Gesellschaft dahin wirken zu wollen, daß die Eigenbetriebe der G.M.G. möglichst eingeschränkt werden. Im übrigen wurde auf Antrag Fischer (Zp.) der G.M.G. für ihre bisherige Tätigkeit gegen die Stimmen der Wirtschaftl. Bürgervereinsung das Vertrauen des Stadtrates ausgesprochen.

Eine ebenso lebhafte Debatte entstand über die Fragen der freihändigen Vergabe von Rädt. Arbeiten an Stadträte, zu der die Fraktion der D.V.P. Veranlassung gegeben hatte. Diese sowie die Sozialdemokraten hatten diesbezügliche Anträge eingebracht, die nach eingehender Aussprache verschiedene redaktionelle Änderungen erfahren, zum Teil auch zurückgestellt wurden. Angenommen wurde der Antrag, daß die Vergabe der Arbeiten, soweit wie möglich, durch Submission zu erfolgen hat. Die freihändige Vergabe von Arbeiten müsse auf das überhöchst eingeschränkt werden. Der Zuschlag bei Submissionen darf ohne Anhörung des Ausschusses vom Bürgermeisteramt nur dann erteilt werden, wenn der Nachweis der Dringlichkeit angenommen wird. Der Antrag der Deutschen Volkspartei, daß die freihändige Vergabe Rädt. Arbeiten an Stadträte unzulässig sei, wurde zurückgezogen.

# Aus dem Lande

## Der Newyorker Badische Volksfest-Verein in Karlsruhe

**Karlsruhe, 3. Juni.** Der Badische Volksfest-Verein Newyork, der von Baden-Baden aus einen Absteher nach Durmersheim (Amt Rastatt), dem Heimatsort seines Präsidenten Peter, gemacht hatte, ist nunmehr in der Landeshauptstadt Karlsruhe eingetroffen und am Bahnhof von Mitgliedern des Verkehrsvereins empfangen worden. Heute vormittag fand im Rathaus die offizielle Begrüßung durch den Oberbürgermeister Dr. Finter statt, worauf die Gäste aus Amerika vom Rathausbalkon aus den Festzug der Selbstgrenadiere besichtigten. Heute abend veranstalteten der Verein Badische Heimat, Ortsgruppe Karlsruhe, und die Arbeitsgemeinschaft der Bürgervereine einen Begrüßungs- und Heimatabend zu Ehren der amerikanischen Gäste in der Glashalle des Stadtparkes.

## Schadenfeuer auf der Seckopfsalbe

**Rußheim, 3. Juni.** Wie schon im Mittagsblatt gemeldet, entstand am Sonntag angeblich infolge Explodierens eines Spirituskochers, was aber bestritten wird, auf der Seckopfsalbe ein Feuer, dem eine etwa zwei Hektar große Fläche dürres Gras zum Opfer fiel. Fünf junge Mädchen, die als Täterinnen in Frage kommen, konnten unerkannt entweichen. Wie weiter gemeldet wird, haben die Mädchen unter Zurücklassung ihrer Schuhe und Strümpfe schleunigst das Weite gesucht; sie konnten nur mit Mühe ihre übrigen Kleidungsstücke zusammenraffen und entweichen. Das Feuer wurde auf dem Rüstlein von dem Hotelbesitzer und den Gästen beobachtet, die sich sofort an die Bekämpfung des Brandes machten. Von der Darmstädter Straße her kamen gleichfalls vier Herren, ein Arzt und drei andere Herren, die sich an der Eindämmung des Feuers gleich beteiligten. Weitere Ausflügler, die ihr Weg an die Brandstelle führten, griffen nicht minder herabhaft zu. Das Feuer breitete sich schließlich über die ganze Halbe aus, die bekanntlich als Natursehenswürdigkeit erklärt ist, bis hinauf an den Hochwald des Seckopfs. Volkshauer von Oberal, wo man die Flammen beobachten konnte, erschienen gar bald mit brauchbaren Geräten. In vereinter Arbeit gelang es nach etwa drei Stunden, dem Feuer unmittelbar vor dem Hochwald Einhalt zu gebieten. Wären die Volkshauer etwa zehn Minuten später erschienen, so hätte der Brand auch den Hochwald ergriffen und unaussprechlichen Schaden angerichtet. Im ganzen ist eine Fläche von etwa zwei Hektar niedergebrannt. Das Landschaftsbild ist durch den verkohlten Abhang stark verunstaltet. Ausflügler machten sich kurz nach Ausbruch des Brandes auf den Weg nach Schönau, um die dortige Feuerwehr zu rufen. Die Flammen lenkerten weit hin, die Rauchentwicklung war sehr stark. Dieser Vorfall beweist aufs neue, daß man beim Abkochen im Freien außerordentlich vorsichtig sein muß.

## Liebesdrama

**Mühlheim, 4. Juni.** Zwischen Schweighof und der Sirnith (im Belschengebiet) wurde gestern in der Frühe in einer Waldhütte ein junges Paar erschossen aufgefunden. Nach Feststellungen der Gendarmerte handelt es sich um den 23 Jahre alten August Held von Mühlheim und die ungefähr gleichaltrige Johanna Westel aus Hohenluppburg bei Mühlheim. Der Grund der Tat dürfte Liebeskummer sein.

## Zusammenstoß zweier Motorradfahrer

**St. Blasien, 3. Juni.** Auf der Straße von St. Blasien nach Schönbach ereignete sich am Sonntag mittag kurz nach 1 Uhr unterhalb Bernau ein Zusammenstoß zweier Motorradfahrer. Beide Fahrer wurden auf die Straße geschleudert und erlitten erhebliche Verletzungen. Sie wurden von dem von St. Blasien kommenden Oberbadischen Automobilklub nach Bernau gebracht. Nach Anlegung von Notverbänden wurde einer der Verletzten nach Schönbach, der andere nach St. Blasien verbracht. Einer der verunglückten Fahrer kammt aus Vörsach, der andere aus Stein bei Säckingen. Die beiden Motorräder wurden schwer beschädigt.

**Donauerschlingen, 3. Juni.** In der Gemarkung Hüllingen und den umliegenden Ortlichkeiten ging in den ersten Nachmittagsstunden des 1. Juni ein schweres Unwetter mit Hagelschlag nieder. Binnen wenigen Minuten hatten die niedergehenden Hagelkörner die Gegend in eine Winterlandschaft verwandelt. Der starke Sturm riss armdicke Zweige von den Bäumen und die Feldfrüchte, besonders das Getreide, hatten außerordentlich stark unter dem Unwetter zu leiden. Der Schaden, der sehr erheblich sein dürfte, läßt sich noch nicht übersehen.

# Aus der Pfalz

**Oggersheim, 4. Juni.** Für einen hiesigen in den 50er Jahren lebenden Arbeiter wurde ein Fahrraddiebstahl zum Verhängnis. Vor 5 Jahren wurde einem Handwerker bei der J. G. Ludwigshafen aus dem Fahrradkappen ein vollständig neues Fahrrad gestohlen. Durch einen glücklichen Zufall konnte das rätselhafte Verschwinden des Rades jetzt aufgeklärt werden. Als Dieb wurde ein Arbeiter ermittelt, der schon jahrzehntelang bei der Anilinfabrik beschäftigt war und vom Werk strittlos entlassen wurde.

**Frankenthal, 4. Juni.** In den wenigen Tagen seit der Eröffnung der Pfalz in Rdn haben die dort ausgeübten Erzeugnisse der Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert u. Cie. AG., bereits den Erfolg von über 15 Millionen Mark an Aufträgen für diese Fabrik erbracht.

**Speyer, 4. Juni.** Nach hier eingetroffenen Nachrichten werden seit dem 30. Mai der Apothekergehilfe Erich Krupp und der Uhrmachergehilfe Kurt Wehler vermisst, die gemeinsam eine Paddelfahrt auf dem Rheine unternommen hatten. Da bisher alle Nachforschungen ergebnislos verlaufen sind, wird angenommen, daß die beiden Paddler ertrunken sind.

**Grünstadt, 3. Juni.** Der angeblich am 1. Mai 1896 in Heidelberg geborene Rudolf Haller hat 8 Wochen lang widerrechtlich Erwerbslosenunterstützung bezogen und für 400 M Waren erschwindelt. Er wurde festgenommen.

**Fleck-Tips Fleckenwasser**  
brennt nicht - hinterläßt keine Ränder  
50 & 85



# Kraftfahrzeug und Verkehr

## Automobilstraßen wirtschaftlich erforderlich

Die Oststraßen-Autofraße und ihre Teilstrecke Mannheim-Heidelberg — Wiesbaden und Ausfahrten

Ueberwindung von Zeit und Raum sind heute Begriffe, die jedem Schulbuben geläufig sind und mit denen am vierfaches umgeprungen wird, als wenn es sich um Selbstverständliches handelte. Ozeanüberquerungen und Raketenautos mit allen ihren realen und utopischen Möglichkeiten liefern den Stoff — und lenken vom wahren Nächtliegenden ab. Die Beschleunigung der Verkehrsabwicklung, deren in absehbarer Zeit etwa erreichbarer Grad allerdings kaum annähernd vorauszusetzen ist, vor allem aber die Automobilisierung des Verkehrs stellen so nagelgehende und wichtige Aufgaben, ohne daß von einem neuwertigen Fortschritt oder gar von einem allgemeinen öffentlichen Interesse für ihre Lösung gesprochen werden kann. Reich und Länder sind allerdings wesentlich beehrt von den Gesellen des Domesvertrages. Das Reichsverkehrsministerium kann deshalb aus diesen wie aber auch aus anderen Bindungen heraus der Ausgestaltung des deutschen Verkehrsnetzes nicht die Unterstützung und Förderung anteil werden lassen, wie es etwa eine weitläufige Verkehrsplanung nötig erscheinen läßt. Die vorwärtsdrängende Entwicklung gerade auf dem Gebiete des Automobilverkehrs muß aber in ein System gebracht werden, das bestehende Verkehrsnetze systematisch erfährt, neue Netze schafft und dem entferntesten Verkehr den kürzesten und zweckmäßigsten Anschluß an die großen deutschen und internationalen Verkehrsnetze bringt. Diese an sich zwangsläufige, aber in vielen Fragen oftmals aus bürokratischen und auch monopolistischen Interessen heraus distillierte Selbstbeschränkung der Reichsverkehrsverwaltung auf verkehrsrechtlichem Gebiet soll und darf jedoch nicht dazu führen, daß private und kommunale Initiativen gedemütigt werden. Die stark von moderner Verkehrsgestaltung und städtebaulicher Entwicklung eingeebneten großzügigen Lösungsversuche dürfen nicht dem fauleis- und formalrechtlichen Standpunkte zum Opfer fallen.

Zu diesen verkehrspolitischen Lösungsvorschlägen gehört auch die Oststraßen-Autofraße und vor allem ihre Teilstrecke Mannheim-Heidelberg. Der Grundgedanke der Oststraßen-Autofraße ist der, daß der Bau der Oststraßen-Autofraße Mannheim-Heidelberg interessierten Kreise geht aus von der Erkenntnis, daß die vorhandenen Landstraßen und Landwege nach ihrer Beschaffenheit und ursprünglichen Bestimmung für die Bemerkungsfähigkeit des motorischen Verkehrs ungeeignet sind und die weitere Entwicklung und Abfahrmöglichkeit in der Automobilindustrie stark beeinträchtigen; man ist deshalb der Ansicht, daß — ebenso wie für den Eisenbahnverkehr auch für den Autoverkehr — besonders in Anlage und Konstruktion den Anforderungen des Kraftwagens genau angepaßt und nur für Kraftwagenverkehr bestimmte Vorschriften erforderlich sind, denen gleichzeitig auch als Länderverbindende Verkehrsstraßen Zweck und Bedeutung beigemessen wird.

Gegen diesen Plan, Straßen zu bauen, die lediglich dem Autoverkehr auf eigenem Wege dienen sollen, der in großartigster Weise an die Lösung des deutschen Verkehrsproblems herantritt, haben sich neben gewissen behördlichen Widerständen auch Widersprüche verschiedener privater Kreise erhoben. Die Reichsbehörden glauben nicht, den privaten Charakter derartiger Autofraßen und insbesondere die Erhebung eines besonderen Weggebührens aussetzen zu können und möchten ferner — allerdings wohl ausgehend von der Reichsbahn, die Konkurrenzfahrten wittert — Schwierigkeiten in der Gewährung des Enteignungsrechtes. Private Kreise wiederum bezweifeln die Möglichkeiten der Finanzierung und Rentabilität reiner Autofraßen und sehen teilweise, wie z. B. einige Automobilverbände, auf dem Standpunkt, daß nur ein breites, weitverbreitetes Straßennetz, d. h. also der vollkommenen Ausbau aller deutschen Landstraßen zu brauchbaren Automobilstraßen, die elementarste Forderung sein müßte. So

wie die Verhältnisse aber heute liegen, bei den beschränkten Mitteln, die die Länder für die Verbesserung ihrer Landwege zur Verfügung haben, wird diese an sich wünschenswerte Forderung noch Jahrzehnte auf sich nur annähernde Verwirklichung warten lassen. Dagegen ist die Lage die, daß allein der Zustand unserer Straßen der Automobilisierung und damit den Absatz der deutschen Automobilindustrie bald eine unüberwindliche Grenze setzen wird, weil der Verkehr an Material und Betriebsstoff außerordentlich hoch und die wirtschaftliche Nutzung des Kraftwagens auf dem vorhandenen Straßennetz, das ursprünglich nur für tierischen Zugverkehr bestimmt war, in den seltensten Fällen möglich ist. Die wirtschaftliche Nutzung des Kraftwagens dürfte etwa bei einer Stundengeschwindigkeit von etwa 40—50 Km, teilweise auch bis 60 und mehr Kilometer, zu suchen sein. Heute und auch noch auf lange Zeit hinaus verbleiben aber weite Strecken, wo auch bei Schaffung einer guten Fahrbahn die Mindestgeschwindigkeit von 40 Km. nicht zu erreichen ist, wo die Gesamtanlage der Straße in ihrer Breitenabmessung und Lenkführung den Anforderungen des Kraftverkehrs nicht entspricht.

Die geringen Mittel, die Länderregierungen und Provinzialverbände für den Wegbau gegenwärtig ausbringen, können auf Jahrzehnte hinaus noch kein einigermaßen brauchbares Straßennetz schaffen, das den Anforderungen des praktischen Wirtschaftslebens auch nur einigermaßen entspricht. Wenn man bedenkt, daß der badische Voranschlag für 1928 sage und schreibe 800 000 Mark für Straßenausbesserungen in ganz Baden eingelegt hat — eine Summe, die lediglich für die oberflächliche Instandsetzung von etwa 8 Km. Straßennetze reicht — so kann man ermessen, wie lange es etwa dauern würde, bis Deutschland mit dauerhaften Landstraßen versehen ist, die dem in den nächsten Jahren zu erwartenden stark vermehrten Automobilverkehr genügen. Darum ist es unbegreiflich, daß formalrechtliche Bedenken die Errichtung reiner Automobilstraßen zu verhindern drohen, die doch nur die an sich schon nicht mehr dem gesteigerten öffentlichen Verkehr genügenden bestehenden Straßen entlasten und einer kommenden Entwicklung Rechnung tragen sollen. Für stark besiedelte Gegenden, wie etwa Mannheim-Heidelberg oder in weitem Sinne Mannheim-Frankfurt-Wiesbaden, ist die Anlegung besonderer nur für den Kraftwagen bestimmter Verkehrsstraßen geradezu eine Forderung der Stunde und es sollte ihrer Errichtung weniger wirtschafts- und entwicklungsfeindliche Widerstände entgegengeführt werden.

Betrachten wir die Verhältnisse auf der Oststraßen-Teilstrecke Mannheim-Heidelberg — zu betonen ist, daß die Oststraßen-Autofraße keineswegs daran denkt, ihre Autofraße in einem Bus durchzuführen, sondern immer nur da, wo der Verkehr es verlangt und die Rentabilität zu erwarten ist Teilstrecken — so erkennt man, daß hier eine solche Forderung der Stunde vorliegt und daß jede weitere Verzögerung schließlich zu schwerwiegenden Schäden führen muß. Die Verhältnisse auf der Oststraßen-Teilstrecke Mannheim-Heidelberg sind unhaltbar geworden und werden auch kaum nennenswert gebessert, selbst wenn die badische Regierung die in den Etat eingelegten 900 000 A allein für ihre allerdings dringende nötige Instandsetzung aufwenden würde. Die langen Ortsdurchfahrten durch Sodenheim, Edingen und Wieslingen sind in hohem Maße hemmend für den Kraftverkehr und infolge des landwirtschaftlichen Charakters nicht ungefährlich. Die Einengung des Straßenraumes durch Kleinbahn- und Straßenbahngeleise — nach Sodenheim jetzt zweigleisig — tut ein Übriges, um die Straße für den Automobilverkehr zu gefährdeten Passagen zu machen. Wie dringend hier Abhilfe vonnöten ist, beweist die letzte bekannte Verkehrszählung vom Mai 1927, die ja inzwischen bereits stark überholt wurde. Damals wurden als Tagesdurchschnitt auf der am härtesten belasteten Teilstrecke Mannheim-Sodenheim 1002 Personenkraftwagen, 107

Kraftwagen und 440 Krafttraber, insgesamt also 1542 Kraftfahrzeuge, festgestellt. An Sonntagen stieg die Zahl der Personenkraftwagen bis zu 1573 und die der Krafttraber bis zu 727; hinzu kommen noch 118 bepannte Fahrzeuge und rund 1800 Radfahrer. Die außerordentliche Zunahme des Kraftfahrzeugverkehrs ist nicht nur auf die dauernde Entwicklung des Verkehrs an Kraftwagen, sondern ohne Zweifel auch auf die intensivere Benutzung der Wagen durch die Fahrzeugbesitzer zurückzuführen. Für die besprochenen Verhältnisse im Mannheim-Heidelsberger Gebiet ist es bemerkenswert, daß hier die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes bereits weiter vorgeschritten ist, als es dem Reichsdurchschnitt entspricht. Daraus ergibt sich angesichts der weiteren Entwicklung, daß in ganz kurzer Zeit die schon heute unverträglichen Verhältnisse auf der Oststraßen-Teilstrecke Mannheim-Heidelberg zu Katastrophen führen müssen. Bei der Verkehrsdichte ist es offensichtlich und einleuchtend, daß die vom badischen Staat geplanten Verbesserungsmaßnahmen keine endgültig befriedigende Lösung bringen können, daß nur durch den Bau einer neuen Straße die bestehende so entlastet werden kann, daß sie ihrer ursprünglichen Hauptaufgabe, den öffentlichen Verkehr zu vermitteln, auf lange Zeit noch gerecht werden kann. Der reine Automobilverkehr würde sich alsdann auf der neuen Straße schnell, wirtschaftlicher und sicherer abwickeln können.

Die Oststraßen hat darum mit Vorbedacht auf die Ausföhrung dieser Teilstrecke als Versuchsstrecke der ganzen Linie besonderen Nachdruck gelegt, weil einmal die Kosten sich im Rahmen der für andere Oststraßen festgestellten Beträge bewegen (Gesamtkosten 6 Mill. A, die stromerischen Baukosten rund 400 000 A) und die Verkehrsbedichte allein schon heute die Rentabilität, die wie allgemein erhärtet ist, gewährleistet. Wenn aber die Einzelkosten der Finanzierung zur Stunde selbstverständlich noch nichts gesagt werden kann, so ergibt sich aus der Einbeziehung der Oststraßen Mannheim-Heidelberg in die Oststraßen aus den ihr wie auch von der Nordbadischen Oststraßen G. m. b. H. gemachten Aufstellungen aufgrund des heutigen Verkehrs, also unter Voraussetzung der kommenden Entwicklung, daß die 8 Kilometer lange gemeinschaftliche Strecke schon allein durch den örtlichen Verkehr zwischen Mannheim und Heidelberg finanziert werden kann, daß ihre Rentabilität, wenn endlich die Widerstände des Reichsverkehrsministeriums in der Frage der Weggebührenerhebung fallen, gesichert ist.

An der Eindämmung zur Erhebung von Weggebühren — die badische Regierung steht dem Projekt wohlwollend gegenüber — wird die für Mannheim und Heidelberg und in ihrer Auswirkung für die Oststraßen unumgängliche Ausföhrung der Oststraßen-Teilstrecke stehen oder fallen. Wird der Teilstrecke der private Charakter zugesprochen, dann wird auch die Finanzierung keine Schwierigkeiten mehr bereiten und undurchführbare Zustände werden beseitigt werden können. Bürokratische Erwägungen allein jedoch können das Projekt zum Scheitern bringen und die Kreise, die die Wirtschaftlichkeit einer reinen Automobilstraße glauben bezweifeln zu müssen, hätten alsdann nicht einmal die Gelegenheit gehabt, ihre Theorie bestätigt zu finden. Man hindere den frischen Unternehmungsgestalt nicht, sondern fördere den großartigen Lösungsvorschlag. Die beim Bau und dem Betrieb der ersten Versuchsstrecke zu gewinnenden praktischen Erfahrungen werden alsdann gewonnen, wer recht hat. So viel steht aber fest, daß eine grundsätzliche Änderung der Straßenverhältnisse Mannheim-Heidelberg nicht mehr auf sich warten lassen kann.

Kurt Ehmer

Frankfurt a. M., 4. Juni.

Die Oststraßen veranstaltete dieser Tage unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Landmann-Frankfurt eine Verwaltungskommision und eine Mitgliederversammlung. Die Beratungen konzentrierten sich auf die Erstellung der bereits planmäßig festgelegten Teilstrecke der Oststraßen Mannheim-Heidelberg. Man hörte, daß das Reichsverkehrsministerium gegen die Erbauung reiner Oststraßen keine prinzipiellen Bedenken mehr hegt.

Verantwortlich: Kurt Ehmer

## Benzin - Benzol

Diese Begriffe sind dem Laien im allgemeinen noch „dümmliche Wörter“, so daß auf die Verschiedenheiten dieser Stoffe etwas näher eingegangen werden soll, umso mehr, als es dem aufmerksamen Beobachter der Automobilfahrt unserer „Bremen“ nicht entgehen sein dürfte, daß die Pleger sich des Benzols als Kraftstoff bedienten.

Die nächste Frage des Laien wird nun die sein: warum nehmen denn die Pleger kein Benzin, das sie doch überall in Amerika haben können? Wären denn wir Deutsche immer etwas anderes haben als die anderen Nationen? In diesem Falle: ja! Ein Pleger, der etwas Tüchtiges erreichen will, der sammelt sich und unerschöpflich im kleinsten Raum die größte Kraft. Nun enthält ein Liter Benzin rund 7300 Energieeinheiten, ein Liter Benzol dagegen 8400, ein Vorprung, den das Benzol seinem dem Benzin gegenüber hohen spezifischen Gewicht verdankt. Die Folge hiervon ist, daß ein Liter Benzin mit einem Liter haltenden Tank voll Benzol von hier nach Mannheim/Alb. fahren kann, während es bei Füllung des Tanks mit Benzin nur bis Emmendingen gelangt und dort neu auftanken muß. Hätten also unsere Pleger das gleiche Volumen Benzin anstatt Benzol gefüllt, so hätten sie den amerikanischen Boden nicht erreicht, sondern das traurige Schicksal ihrer Vorgänger geteilt und ihren Wagen mit dem Leben bezahlet müssen.

Man mag mir nun entgegenhalten: es kommt bei dem Fahren ja nicht so sehr auf die Raumausnutzung wie auf die Ausnutzung der Tragfähigkeit an und hätten die Pleger anstatt je tausend Liter Benzol je tausend Liter Benzin mitgeführt, dann wären sie damit weitergekommen, denn in einem Liter Benzol sind 10 000 Energieeinheiten aufgespeichert, in einem Liter Benzol dagegen nur 8000. Dieser Einwand stimmt zwar in der Theorie, wird aber durch die Praxis vollständig entkräftet. Schon unter den bisher als normal geltenden Bedingungen ist Benzol dem Benzin überlegen, da die Explosion des Benzol-Luft-Gemisches eine viel stabilere ist als die des Benzin-Luft-Gemisches. Benzol-Luft-Gemische

und die Umwandlung des Explosionsdrucks in die gleitende Bewegung des Kolbens bzw. in die rotierende der Welle eine vollkommener ist. Dazu kommt nun aber beim Benzol eine anderweitige Erhöhung der Energieausnutzung, die für das Benzin ganz in Wegfall kommt: das ist die Möglichkeit der höheren Vorverdichtung.

Unter Verdichtung versteht man das Verhältnis zwischen Explosionsraum und Vollraum (Explosionsraum plus Zylinderinhalt). Dies ist normal etwa 1:5, Komprimiere es ein Gas, so wird ein Teil der dafür aufgewendeten Arbeit in Wärme umgesetzt, es wird z. B. die zum Aufpumpen der Zylinder benutzte Luftpumpe heiß. Innerhalb des heißen Motors steigt die Temperatur bei der Verdichtung beträchtlich an, umso mehr natürlich, je weiter ich die Verdichtung treibe. Nun aber wird bei dem Benzin-Luft-Gemisch sehr bald die Temperatur erreicht, bei der Selbstzündung eintritt, eine Zündung, die nicht durch den an der Zündkerze überprügenden Funken erzeugt wird, also früher eintritt, als gewünscht. In diesem Fall ist die Stellung des Kolbens aber noch nicht soweit vorgeschritten, daß er beim Eintritt des Explosionsdrucks diesem zu folgen vermöchte, er wird im Gegenteil einen wenn auch kurzen Teil seines Weges diesem Druck entgegenarbeiten und kann ihn erst bei seinem Rückgang in wirksame Arbeit umsetzen. Es tritt die Erscheinung des Klopfens auf, mit der Zeit ein bedeutender Abfall der Energieausnutzung. Hand in Hand geht, auch werden alle bewegten Maschinenteile durch diese unzeitigen Druckstöße stark in Mitleidenschaft gezogen und unterliegen dabei einer vorzeitigen Abnutzung. Diese Klopfgefahr des Benzins kann man in etwas mildern durch Zufüge wie Nennarbonsäure (Nolatin), Nitrohol (Monopolin extra), Benzol (Kraf, Duolin, Olegin etc.) jedoch nicht soweit, daß man die Vorverdichtung um ein beträchtliches hebeln könnte. Eine hohe Verdichtung verleiht einzig und allein unter den handelsüblichen Kraftstoffen das B. W. Motorenbenzol, das selbst bei hoher Verdichtung noch kein Klopfen zeigt. Eine so hohe Vorverdichtung verbietet sich aber aus anderen Gründen: die Verdichtungsstrecke liegt heute etwa bei 1:8. Die Anforderungen an dem Gebiet der Hochverdichtung führen zu dem Ergebnis, daß mit ihr eine ganz bedeutende Verbesserung

der Energieausnutzung und ein sparsamerer Verbrauch an Kraftstoff zu erzielen ist, das aber sind zwingende Gründe namentlich für den Pleger, sich eines hochverdichteten Motors und eines klopfsteifen Kraftstoffs, wie er im Benzol vorliegt, zu bedienen. Soweit mir bekannt, ist bei dem Motor der „Bremen“ das Verdichtungsverhältnis 1:7. Hierbei kommt eine Kraftstoffersparnis von mindestens 15 Prozent gegenüber einer Normalverdichtung von 1:5 in Betracht. Diese 15 Prozent spielen nun aber bei einem Ueberfließen eine gar wichtige Rolle. So hat man denn nicht ohne grundsätzliche Ueberlegung das B. W. Motorenbenzol als Betriebsstoff gewählt und hat damit erzielt: einen großen Aktionsradius, eine Schonung des Motors und eine große Betriebsfestigkeit.

Wie sieht es nun aus mit der Einführung der Hochverdichtung im Automobilbetrieb? Sobald man die großen Vorteile derselben erkannt hatte, ging man natürlich dazu über, auch hier die Wagen auf Wunsch mit Hochverdichtung zu bauen, zunächst auf Wunsch, denn eine allgemeine Durchföhrung verbietet sich zurzeit schon bedwegen, weil es uns dann am nötigen Benzol fehlen würde, dessen Gesamtmenge in Deutschland nur etwa ein Drittel unserer Kraftstoffbedarfs zu decken vermag. Wo aber die Hochverdichtung andäherst wurde, hat sie sich glänzend bewährt, so daß sehr viele Autobesitzer dazu übergehen, ihren Motor auf Hochverdichtung umzustellen, was sich leicht durch einfache Erhöhung des Kolbens oder Erniedrigung des Zylinderdeckels durch Abfräsen desselben erzielen läßt. Die Maße müssen natürlich genau errechnet und bei der Ausführung imgehoben werden.

Aus der im Automobilbau mehr und mehr umfögreifenden Verdichtungssteigerung geht die hohe Bedeutung der allgemeinen Einführung der Hochverdichtung klar und deutlich hervor. Möge es nun untern Chemikern gelingen, Wege zur billigen Gewinnung von Benzol in großem Maßstab zu erschließen, um unsere gesamten Explosionsmotoren auf diesen Kraftstoff umstellen zu können. Bis dahin aber bleibe man nicht am Alten haften, sondern wage die Ergebnisse unserer deutschen Forscherarbeit in zunehmendem Maße voll aus. K. E. Schulze



# Blitz

## 21) Der Roman eines Wolfshundes Von G. G. G. G.

„Blitz ist heute schon tüchtig gelaufen, um mit uns zweien in Verbindung zu bleiben,“ sagte Betty, neigte sich herab und ließ ihre Finger lieblosend durch das Fell des Hundes gleiten. „Beachten Sie doch den Ausdruck seiner Augen, der in seiner Klugheit ganz und gar menschlich wirkt. Er versteht sicherlich jedes Wort, das wir sprechen. Nicht wahr, Blitz?“

Ein freudiges Wackeln war seine Antwort.

„Sehen Sie, Moran!“ rief sie aus. „Da haben wir gleich den Beweis.“

Moran lächelte kopfschüttelnd.

„Sie beachten den gewöhnlichen Fester und fallen auf einem Extrem ins andere,“ sagte er. „Entweder hält der Mensch das Tier für ganz unvernünftig oder er schreibt ihm ein Uebermaß an Intelligenz zu. Blitz versteht kein einzelnes Wort außer den wenigen, die er durch häufiges Hören mit bestimmten Dingen in Verbindung zu bringen gelernt hat. Sie verstehen wahrscheinlich kein Wort chinesisch und doch besagt dies nichts gegen Ihren Verstand. Ebensoviele darf man behaupten, daß es Blitz an Intelligenz mangelt, weil er nur das beschränkste Verständnis für unsere Sprache hat. Im Gegenteil, ich glaube, er ist das klügste Tier, das mir je untergekommen ist.“

„Das ist auch meine Uebersetzung,“ stimmte sie bei. „Moran, Sie gehen doch den Dingen gerne auf den Grund und können mir gewiß Aufschluß über die Quelle dieser erstaunlichen Intelligenz geben.“

„Die Erklärung liegt in seinem Copotengehirn,“ antwortete Moran. „Der Copote ist das klügste Tier auf Erden. Das ist eine Tatsache, die bis heute noch nicht genug bekannt ist. Darum ist es nicht zu verwundern, daß man sooft von dem seligen Copoten spricht, während er in Wirklichkeit zu den vernünftigsten Tieren gehört. Es ist unmöglich ihn auszurotten. Dieses Wölfling ist heute zahlreicher als vor zehn Jahren, denn es ist in erstaunlichem Maße anpassungsfähig. Einst bewohnte es nur das Präriegebiet, selber hat es sich derart vermehrt, daß man es auch in allen westlichen Gebieten hier findet. Gegen Norden haben sie ihre Jagdgebiete bis Britisch-Columbia ausgedehnt, gegen Osten bis Michigan. Es wird nicht lange dauern und man wird ihr Auftreten auch in den Staaten von Neu-England und sogar im Gebiet des nördlichen Polarkreises melden können. Ich bin sicher,

daß meine Prophezeiung in Erfüllung geht. Allen widrigen Umständen zum Trotz haben sie sich ständig vermehrt. Man hat ihren Pelz teuer bezahlt, man hat ein beträchtliches Schutzgeld auf sie ausgesetzt, ihr schlaues Gehirn hat aber alle diese Widerstände befreit. Und ein solches Gehirn hat auch Blitz.“

„Und trotzdem bezweifeln Sie, daß er unsere Worte versteht?“

„Ich weiß es und will es Ihnen auch beweisen. Er hat es heute ein dutzendmal gehört, wie ich Sie Betty rufe, und doch hat diese häufige Wiederholung ihn nicht dahin gebracht, mit diesem Wort mehr zu verbinden als mit irgendeinem anderen, das ich im Gespräch mit Ihnen öfters gebrauche. Andererseits aber verknüpft sich für ihn mit dem Wort Moran die deutliche Vorstellung meiner Person. Ich will es Ihnen sofort zeigen.“

Er rief den Hund an und sofort sah Blitz zu ihm auf. Klüfflich wiederholte er öfters das Wort Betty, der Hund blickte ihn verständnislos an. Er bewegte den Kopf von einer Seite zur anderen, er spitzte die Ohren und bemühte sich zu verstehen. Seine Aufmerksamkeit hatte sich völlig auf Moran konzentriert, dem Mädchen schenkte er keinen einzigen Blick.

„Nun versuchen Sie es,“ wendete sich Moran an Betty.

Sie richtete einige Worte an Blitz und sofort bewies er ihr gegenüber dieselbe gespannte Aufmerksamkeit, wie vorher für Morans Worte. Jetzt sprach sie zweimal das Wort Moran aus, Blitz wandte sofort den Kopf und blickte nach seinem Herrn.

„Sie haben recht,“ rief sie aus. „Es ist doch wunderbar, wie Sie sich auf ihn verstehen!“

„Er ist physisch außerordentlich, die Sprache der Menschen zu sprechen und das macht ihn auch geistig ungeeignet, sie zu verstehen. Nur durch häufige Wiederholung eines Wortes kann sich eine Gedankenverbindung bei ihm einstellen. Aber die Modulation der Stimme vermag er richtig zu deuten und ebenso den Gefühlsakzent unserer Worte. Gewiß ist er intelligent genug, jedes Kunststück oder jede Arbeit zu lernen, die innerhalb der Grenzen seiner physischen Fähigkeiten liegt. Jede solche Leistung mühte ihren Ausgangspunkt von irgendeiner Grundtatsache nehmen, die ihm bereits bekannt ist, und von da aus mühte man schrittweise weiterzugehen. Zum Beispiel könnten wir ihn leicht dahin bringen, eine Art Verbindungstür zu sein und Briefe zwischen uns hin und her zu tragen.“

„Sie würden Sie das anstellen?“ fragte sie. „Bitte zeigen Sie mir das.“

„Gehen wir von folgenden Tatsachen aus: Er kennt das Wort ‚Geh‘ in Verbindung mit dieser Bewegung — dem Auswärtschwingen meines Armes. Ich brachte ihm das bei, als ich ihn lehrte die Pferde und Kinder zu hüten. Gegenwärtig hat er die natürliche Neigung, zwischen uns hin und her zu laufen. Wir wollen uns das zunutze machen. Anfangs wird er nicht wissen, wohin er gehen soll, aber soviel wird er verstehen, daß ich ihn weggeschickte. Aus Gewohnheit wird er zu Ihnen zurückkehren, Sie könnten ihn dann wieder zu mir schicken, indem Sie das gleiche Wort und die gleiche Bewegung mit meinem Namen verbinden. Abgesehen davon, daß er meinen Namen kennt, wird er schon von selbst nach mir Ausschau halten. In kurzer Zeit wird er die Absicht hinter dem Ganzen erraten und rasch begreifen, was wir von ihm wollen.“

Die folgenden Tage hatte Blitz viel zu tun. Schon am nächsten Morgen flocht Moran ein Halsband aus Eichhautriemen und führte in einige Entfernung von der Hütte. Er rollte ein Blatt aus seinem Notizbuch rund um das Halsband und befestigte es mit einer Nadel.

„Geh! Blitz,“ befahl er und schwang den Arm in der Richtung der Hütte. „Geh, geh doch, Bürsche, bring ihr das Briefchen!“

Blitz machte einen Satz in die angezeigte Richtung, blieb dann stehen und blickte zurück. Er verstand wohl, daß Moran ihm befehl, irgendwohin zu gehen. Doch gab es hier weder Pferde noch Kinder. Er setzte sich nieder und beobachtete seinen Herrn, ganz im unklaren, was man eigentlich von ihm wüßte. Morans unaussprechlich wiederholter Befehl überzeugte ihn, daß er zu gehen habe. Er verstand das Wort. In seltsamen Zirkeln umschlich er Moran und winkelte. Schließlich machte er sich davon.

Sowie er Moran aus den Augen verloren hatte, folgte er seinem natürlichen Streben, das ihn zu dem Mädchen zurücktrieb. Er eilte schnurstracks zur Hütte. Betty löste die Papierrolle von dem Halsband, las das Briefchen und richtete nach Morans Anweisung lobende Worte an Blitz. Dann befestigte sie das Papier wieder an dem Halsband und wies in die Richtung, wo Moran sich befand.

„Geh, Bürsche,“ drängte sie, „geh, Moran! Moran! Bring's zu Moran. Blitz! Geh!“

Blitz begriff, daß er hier ebenfalls weggeschickt wurde, er verstand auch, daß sie von Moran sprach, aber den eigentlichen Sinn des Verlangens hatte er nicht erfasst. Wieder folgte er bloß seiner natürlichen Neigung und lehrte zu Moran zurück.

(Fortsetzung folgt)

### Aktiva Bilanz per 31. Dezember 1927

Aktiva		Passiva	
Des.	GRW. f	Des.	GRW. f
Gründkapital	2.800.000	Reserve	599.420,28
Gründkapital	2.800.000	Zellulosefabrikation	14.000,00
Gründkapital	2.800.000	Umsatz	11.958,21
Gründkapital	2.800.000	Verbindlichkeiten	1.209.541,86
Gründkapital	2.800.000	Dividende 1926/27 unerhob.	3.870,-
Gründkapital	2.800.000	Gewinn- u. Verlustrechnung	GRW. f
Gründkapital	2.800.000	Verkaufsgewinn	1.500,08
Gründkapital	2.800.000	5% Dividende auf die Stammaktien pro r. l.	600,-
Gründkapital	2.800.000	5% Dividende auf die Stammaktien pro r. l.	57.000,-
Gründkapital	2.800.000	Beitrag auf neue Rechnung	9749,48
Gründkapital	2.800.000		68.919,65
Gründkapital	2.800.000		4.100.778,26

### Soll Gewinn- u. Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1927

Soll		Haben	
Des.	GRW. f	Des.	GRW. f
Gesamtkosten	380.719,97	Beitrag vom 1. Juli 1927	7.219,61
Abreibungen	30.117,07	Umsatz	881.537,49
Bilanz-Rechnung	68.919,40		
	388.757,10		388.757,10

Die Dividende auf die Stammaktien für das Geschäftsjahr vom 1. 7. 1927 bis 31. 12. 1927 wird mit GRW. 600 pro Stammaktie abzüglich 10% Kapitalertragsteuer ausbezahlt. Die Kapitalertragsteuer erfolgt bei den Stammaktien Nr. 1-1000 gegen Abkempfung des Erneuerungsscheines; bei den übrigen Stammaktien gegen Einreichung des Dividendencheines pro 1927/28.

Zahlstellen sind:  
Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft, Mannheim, Aktiengesellschaft  
Bankhaus E. Ladenburg, Frankfurt a. Main  
Bayerische Vereinsbank, München und die Gesellschaftskasse.  
Mannheim-Redaktion, den 4. Juni 1928. 7220

### Aktiengesellschaft für Seilindustrie vormals Ferdinand Wolff

Donnerstag, den 7. Juni (Fronleichnam)  
große Pfalz-Rundfahrt

nach Bad Dürkheim — Forsthaus Isenach (Aufenth.) — Frankenstein — Hochsparer Johanniskreuz (Aufenth.) — Hinterweidenthal — Dahn (Aufenth.) — Vorderweidenthal — Annweiler — Hainfeld — Malsam — Neustadt (Aufenth.) — Mannheim.  
Fahrpreis pro Person M.10.—  
Abfahrt: vormittags 7 Uhr am Paradeplatz.  
Ankunft: abends gegen 8 Uhr. 7334  
Kartenverkauf: Geschäftsstelle, T. 1, 13 u. Verkehrsverein N. 2, 4, Schulstr. Mittwoch, abends 8 Uhr. — Änderungen vorbehalten.

### Handleskunst!

Charakter, Talente, Lebensweg etc. aus Kopfform, Handlinien und Schrift

### Aufstellung v. Horoskopen

Difficile Beratung in allen Lebensfragen.  
Frau L. Michaelis, wissenschaftlich geprüft  
L. 2, 7, 1 Trepp, Sprachstr. täglich 8-8 Uhr.  
Büchlein für jeden denkenden und vorwärtsstrebenden Menschen.

### Kleiner Opel-Lieferwagen

auf halbe Tage zu vermieten. Angebote mit Y K 42 an die Geschäftsstelle S. Bl. 23709



## Kakao-Schokolade-Pralinen

# Mifa

DAS MARKENRAD AB FABRIK

FABRIK-VERKAUFSTELLE  
MANNHEIM N 4, 10  
Leiter: L. JUNG Tel. 20434

# SIEGER: Manthey

3. Weyer 7. Berger

auf MIFA-MEISTERSCHAFTS-RAD mit Polack-Bereifung und Torpedo-Nabe



